



Hans-Peter Mayer MdEP



Straßburg Aktuell

Nr. 88 - Plenarwoche 14. - 18. Dezember 2009

Informationen Ihres Europaabgeordneten
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP



I. Allgemeine Informationen: Designierte Kommissare auf dem Prüfstand

Die neue Kommission, deren Amtszeit fünf Jahre beträgt, wird aus einem Präsidenten und 26 Kommissionsmitgliedern bestehen. Von diesen 26 Mitgliedern unterstützen mehrere den Präsidenten als Vizepräsidenten. Die Zustimmung des Europäischen Parlaments (EP) ist zwingend erforderlich. Sie erfolgt in zwei Phasen: In einer ersten Phase wählt das EP den vom Rat für das Amt des Präsidenten vorgeschlagenen Kandidaten. Am 16. September 2009 wurde Jose Manuel Barroso vom EP als Kommissionspräsident bestätigt. In einer zweiten Phase erteilt das EP seine Zustimmung für das komplette Team der 27 Kommissare und Kommissarinnen. Um sich auf die Abstimmung vorzubereiten, prüft das EP die vom Rat im Einvernehmen mit Präsident Barroso vorgeschlagenen Kommissionsanwärter, unter Berücksichtigung der Geschäftsbereiche, mit denen sie der Kommissionspräsident betrauen will. Die Abgeordneten bewerten die designierten Mitglieder der Kommission auf der Grundlage ihrer allgemeinen Befähigung, ihres europäischen Engagements und ihrer persönlichen Unabhängigkeit. Darüber hinaus bewertet das EP die Kenntnis ihres künftigen Geschäftsbereichs und ihre kommunikativen Fähigkeiten. Die Geschäftsordnung des EP sieht im Einzelnen folgende Schritte vor: 1. Empfang der Lebensläufe und der Erklärungen der finanziellen Interessen der Kommissionsanwärter; 2. Unterbreitung von schriftlichen Fragen an die Kommissionsanwärter; 3. Dreistündige öffentliche Anhörung in den Ausschüssen; 4. Bewertung durch die Ausschüsse; 5. Übermittlung der Anhörungsergebnisse an den Präsidenten des EP und Überprüfung durch die Konferenz der Präsidenten; 6. Vorstellung des gesamten Barroso-Teams im Plenum mit anschließender Plenardebatte. Abschließend stimmt das EP über die Zustimmung zur Kommission in ihrer Gesamtheit ab. Die neue Kommission kann daraufhin formell vom Europäischen Rat ernannt werden.

Deutsches Mitglied der neuen Kommission soll Günther Oettinger werden. Oettinger ist seit April 2005 Ministerpräsident in Baden-Württemberg und Chef der dortigen Landes-CDU. Er ist in Stuttgart geboren und studierte in Tübingen Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft. Von 2007 bis 2009 leitete er zusammen mit dem damaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden Peter Struck die Föderalismuskommission, die unter anderem das Konzept für die inzwischen im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse erarbeitete. Oettinger soll in der neuen Kommission das wichtige Energieressort leiten.

II. Das EP hat u.a. folgende Gesetzestexte und Erklärungen beschlossen:

1. Europäisches Mikrofinanzierungsinstrument

Das EP hat der Einrichtung eines neuen Mikrofinanzierungsinstruments zugestimmt. Es soll Arbeitnehmern, die ihren Arbeitsplatz verloren haben oder zu verlieren drohen, helfen Kredite für

Unternehmensgründungen zu bekommen. Das neue sogenannte "Europäische PROGRESS-Mikrofinanzierungsinstrument" ist für Personen gedacht, die ein Kleinunternehmen entweder gründen oder ausbauen wollen und Schwierigkeiten haben, einen Kredit zu bekommen. Als ein solches Kleinunternehmen gelten Firmen mit bis zu zehn Mitarbeitern und weniger als zwei Millionen Euro Umsatz. Das neue Instrument soll den Unternehmern helfen, Darlehen von bis zu 25.000 Euro zu erhalten. Es soll öffentlichen als auch privaten Einrichtungen in den Mitgliedstaaten zur Verfügung stehen, die Mikrokredite für Personen und Kleinunternehmen anbieten. Finanziert wird es durch die Europäische Investitionsbank und den Europäischen Investitionsfonds.

2. EU-Haushalt 2010

Das EP und der Ministerrat haben sich auf den EU-Haushalt 2010 geeinigt. Damit ist die Finanzierung des EU-Konjunkturpakets (2,4 Milliarden Euro) sowie des mit jetzt 300 Millionen Euro ausgestatteten Milchfonds gesichert. Insgesamt soll der Haushalt im kommenden Jahr 122,9 Milliarden Euro an Zahlungsermächtigungen beinhalten. Aus den Mitteln des Konjunkturpakets wird die EU den Ausbau der Energienetze sowie die Gewinnung alternativer Energie zum Beispiel über Windparks vor den Küsten unterstützen. Darin enthalten sind auch 420 Millionen Euro, mit denen die Breitbandnetze für schnelles Internet im ländlichen Raum ausgebaut werden. Die wichtige Hilfe für die Milchbauern in Europa wäre ohne die harte Verhandlungsführung des EP und die erfolgreiche Zusammenarbeit von Haushalts- und Agrarausschuss in diesem Ausmaß nicht möglich gewesen.

3. Sicherheitsanforderungen für Spielzeug

Das EP hatte im letzten Jahr mit der Richtlinie zur Spielzeugsicherheit erreicht, dass gefährliche Stoffe wie krebserregende, erbgutgefährdende oder fortpflanzungsgefährdende Stoffe in Spielzeug verboten sowie die Grenzwerte für bestimmte gefährliche Stoffe wie Blei oder Quecksilber gesenkt wurden. Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) hat nun Anfang Dezember 2009 erklärt, dass die Regelungen der bestehenden EU-Richtlinie hinsichtlich polyzyklischer aromatischer Kohlenwasserstoffe nicht ausreichend seien. Aus diesem Grund beschäftigte sich das EP in einer Debatte noch einmal mit dem Gesetzestext. Die CDU/CSU-Gruppe im EP forderte als Konsequenz der Plenardebatte zu diesem Thema in dieser Woche eine Nachbesserung der Richtlinie zum Schutz der Kinder, sollte das BfR mit dem Gutachten richtig liegen. Gerade kurz vor Weihnachten ist sicheres Kinderspielzeug ein brandaktuelles Thema. Industriekommissar Verheugen versicherte, dass der wissenschaftliche Ausschuss der Kommission die Angelegenheit zügig überprüfen werde. Ein weiteres Problem ist die Marktüberwachung. Laut aktuellen Studien ist ein großer Teil der Spielzeuge, die in der EU auf dem Markt sind, nicht konform mit der Richtlinie. Die Verantwortung zur Überwachung liegt aber bei den Mitgliedstaaten, in Deutschland bei den Bundesländern.

III. Weitere Themen waren u.a.:

- Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung
- Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments
- Prüfung der Mandate
- Verleihung des Sacharow-Preises 2009
- Unruhen in der Demokratischen Republik Kongo
- Neuer Aktionsplan der EU für Afghanistan und Pakistan
- Kohäsionspolitik nach 2013
- Gegenseitige Anerkennung der beruflichen Qualifikationen

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:

<http://www.europarl.europa.eu/> oder <http://www.europarl.europa.eu/activities/expert.do?language=de>

Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://eur-lex.europa.eu/>

Europabüro, Oldenburger Str. 97, 49377 Vechta, Tel.: 044 41/90 99 09, Fax: 044 41/90 99 10, E-Mail: info@europa-mayer.de
Europäisches Parlament, Büro ASP 15 E 154, Rue Wiertz, B - 1047 Brüssel, Tel.: 0032-2-284-7994, Fax: 0032-2-284-99 94
E-Mail: hans-peter.mayer@europarl.europa.eu und Internet: www.europa-mayer.de